

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Gescheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. sowie für das Forstamt zu Tharandt. Postkod.-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 144

Sonnabend den 26. Juni 1920

79. Jahrg.

Bekanntmachung über Erleichterungen bei der unmittelbaren Einzahlung der von Arbeitgebern für die Einkommensteuer vom Gehalt oder Lohn einbehalteten Beträge.

I.

Nach Punkt 2 des Verblattes über die unmittelbare Einzahlung der vom Gehalt oder Lohn einbehalteten Beträge vom 7. Juni 1920, das von den Finanzämtern (Bezirksteuereinnahme) und den Stadt-(Orts-)Steuereinnahmen unentbehrlich abgegeben wird, haben die Behörden und sonstigen Arbeitgeber bei der Einzahlung der einbehaltenden Beträge der zuständigen Stadt-(Orts-)Steuereinnahme Einzelnachweiszettelungen für jeden Arbeitnehmer und eine Gesamtnachweisung (in 2facher Ausfertigung) einzurichten.

Es wird den Behörden und sonstigen Arbeitgebern nachgelassen, von der Aussöhnung der Spalten 2 und 3 der Gesamtnachweisung (vergl. Muster 2 des Verblattes) abzusehen, so daß die Gesamtnachweisung nur die laufenden Nummern der Einzelnachweiszettelungen in Spalte 1 und die einbehaltenden Beträge in Spalte 4 zu enthalten braucht. Den Angaben über den Namen, Vornamen, Stand, Wohnort, Straße und Hausnummer des Arbeitnehmers in den Einzelnachweiszettelungen ist besondere Sorgfalt zu gewähren.

II.

Punkt 1 Absatz 1 des Verblattes wird auf Grund der vom Reichsminister der Finanzen am 18. Juni 1920 erlassenen ergänzenden Bestimmungen über die Zuständigkeit bei der unmittelbaren Überweisung wie folgt ergänzt:

Beschäftigt der Arbeitgeber oder die Behörde mehr als 100 Arbeitnehmer, die in verschiedenen Gemeinden wohnen, so ist der Arbeitgeber berechtigt, die gesamten einbehaltenden Beträge nur an eine und zwar an die für seine Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn sonst zuständige Stadt- oder Ortssteuereinnahme abzuführen.

Die Arbeitnehmer sind nach Wohnorten zusammenzufassen und die Einzelnachweiszettelungen nach den Wohnorten der Arbeitnehmer geordnet einzurichten. Die Gesamtnachweiszettelungen sind nach den Wohnorten der Arbeitnehmer getrennt anzustellen und soweit sie sich auf Arbeitnehmer beziehen, die ihren Wohnort außerhalb derjenigen Gemeinde haben, an deren Steuereinnahme der Arbeitgeber die einbehaltenden Beträge ablieferet, in drei facher Ausfertigung einzureichen. Die Einzel- wie die Gesamt-

nachweiszettelungen sind bei der Überweisung der Beträge der nach Absatz 2 zuständigen Stadt-(Orts-)Steuereinnahme einzurichten.

Es ist also beispielweise einer Aktiengesellschaft in Meißen mit über 100 Angestellten und Arbeitern, die in Meißen, Fischerstraße, Niedermeisa und Hintermauer wohnen, nachgelassen, die gesamten einbehalteten Beträge an die Stadtsteuereinnahme in Meißen unter Einreicherung der Einzel- und der Gesamtnachweiszettelungen zu überweisen. Die Einzelnachweiszettelungen sind nach den Orten (Meißen, Fischerstraße, Niedermeisa und Hintermauer) geordnet und die entsprechenden Gesamtnachweiszettelungen, soweit sie sich auf die in Fischerstraße, Niedermeisa und Hintermauer wohnenden Arbeitnehmer beziehen, in dreifacher Ausfertigung einzurichten.

Die Stadt-(Orts-)Steuereinnahme hat die Einzelnachweiszettelungen mit der entsprechenden Gesamtnachweizung an die für die Arbeitnehmer zuständige Stadt-(Orts-)Steuereinnahme weiter zu leiten.

Meißen, am 24. Juni 1920.

Das Finanzamt (Bezirksteuereinnahme).

Fleischversorgung.

Im Kommunalverband Meißen-Land einschl. der rev. Städte Rössen, Dommitzsch und Wilsdruff wird in der Woche vom 21. bis 27. Juni auf Bezugsschein gegen Abgabe der Reichsfleischmarken U Fleischstück verteilt.

Es erhalten:

- a) Personen über 8 Jahre: 200 g Frischfleisch oder, soweit vorhanden, 160 g Hackfleisch oder 200 g Wurst,
- b) Kinder unter 8 Jahren: 100 g Frischfleisch oder, soweit vorhanden, 80 g Hackfleisch oder 100 g Wurst.

Meißen, am 22. Juni 1920.

Nr. 380 III.

Kommunalverband Meißen-Land.

Bei uns sind eingepackt vom Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Sachsen das 5., 6. und 8. Stück vom Jahre 1920, vom Reichsgesetzblatt Nr. 61 bis 111 vom Jahre 1920.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlag in der Haustür des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratsschulze zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 23. Juni 1920.

Der Stadtrat.

Das Kabinett Fehrenbach-Heinze.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Abgeordnete Erzberger bat sich entschlossen, während der Sommertagung den Verhandlungen des Reichstages fernzubleiben.

* Zum französischen Botschafter in Berlin wurde Charles Laurent zum neuen Botschafter Lord Abernon ernannt.

* Infolge der Unruhen in Ulan ist über die Stadt der Belagerungsstand verhängt worden.

* Nach den neuesten Meldungen aus Moskau beabsichtigt Lenin die Bildung einer Koalitionsregierung.

Die letzte Zeile.

Über die Schlußentwicklung der Regierungsbildung schreibt: Wölfer Berliner CB-Mitarbeiter am 24. Juni:

„Es scheint wirklich schwerer zu sein, eine neue Regierung zu bilden, als einen neuen Reichstag zu wählen. Beim Reichstag hatte sich das ganze verdeckte und unständische Wahlgeschäft trocken rund 35 Millionen Wähler daran beteiligt sind, im großen und ganzen doch glatt und plausibel abgespielt. Alle gesetzlich oder durch die Wahlbehörden vorgetheilten Freiheiten sind regelrecht eingehalten worden. Und am 24. Juni, nachmittags 8 Uhr, ganz wie Herr Fehrenbach, als er noch Präsident der Nationalversammlung war, es vorgezeichneten, ist die neu gewählte deutsche Volksvertretung zu ihrer ersten Sitzung im Wallohaus am Königsplatz eröffnet worden.“

Anderas das neue Reichskabinett. So oft man schon es so und fertig in der Tüte zu haben glaubte, es stellten sich doch immer wieder Hindernisse ein, die neue Aufgabe mit neuen Verhandlungen nötig machten. So ist es gekommen, daß der Reichstag bei seiner Konstituierung zunächst zusammenfielen unter sich bleiben mußte. Aber immerhin, die Aussicht ist vorhanden, daß auch die Ministerbünde bald wieder vollständig bestellt sein werden. Der Schred, der am Mittwoch durch die Reihen der Verbandspolitiker ging, als bekannt wurde, daß Deutsche Volkspartei und Wehrheitssozialdemokratie neue Schwierigkeiten machen, hat sich nicht gezeigt. Von den Sozialdemokraten verlautet, es sollte gar nicht so böse gemeint gewesen sein.

Gewiß, ein Vertrauensvotum für ein Kabinett der Mitte von ihnen zu verlangen, das ginge zu weit. Aber was durch Unterlassungen davon werden kann, um Herrn Fehren-

bach und den Seinen ein erträgliches Arbeiten zu erleichtern, das könnte ja immerhin geschehen. Und es werde wohl auch geschehen, wenn wir nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintragen. Über kleine taktische Meinungsverschiedenheiten dieser Art sollte man sich nicht groß aufregen. In den Mitteln könnte man ja auseinandergehen, wenn nur der Zweck, die Arbeitsfähigkeit des Kabinetts für die nächste Zeit wenigstens sichergestellt, allen gemeinsam sei.

So liegt es heute ziemlich lästiglich von links her. Und auch die Demokraten, die gestern noch arg verschlafpiet waren über den Tod, der ihnen durch die Gefolgschaft der Herren Müller und Loebe angetan wurde, haben mittlerweile ihre Fassung wieder gewonnen. Es kommt hinzu, daß auch die Deutsche Volkspartei ihren Einspruch gegen die Ministerliste des Herrn Fehrenbach zurückgezogen hat. Damit ist der Verbotstakt, das es im letzten Augenblick auf einen stärkeren Einfluß rechtsliegender Elementen in dieser Regierung der Mitte absezen will, besiegt. An der Streitfrage aber, ob es zu vereinbarenden Programmkürzungen bei Regierung davon sprechen soll, daß der Wiederaufbau des Reiches „in Angriff zu nehmen“ sei oder „tauträufig weitergeführt“ werden soll, wird man sich doch legen Endes schwerlich verzanken wollen. So kommt es, wie die Dinge heute liegen, wohl nur noch darauf an, die letzte Welle zu legen an das Einigungswerk, das dem deutschen Volke geschuldet wird. Herr Fehrenbach hat sich in dieser Beziehung durch den nun ihm bereits zur Verfügung stehenden amtlichen Apparat ziemlich überzeuglich gehäusert, und soweit man leben kann, wird ihm darin heute von seiner Seite nichtsprophesien. In letzterer Hinsicht wird die Bildung des neuen Kabinetts, zum mindesten in den entscheidenden Minuten angekündigt, und wenn auch die Zahl der hervorragenden Männer unseres Wirtschaftslebens, die es ablehnen, sich Herrn Fehrenbach zur Verfügung zu stellen, leider von Tag zu Tag zunimmt, so ist die Hoffnung, geeignete Triomphatoren für sie zu finden, doch nicht geschwunden. Herr Erzberger hat sich mit der Beurteilung des Reichstags inglorischen dahin geeinigt, während der Sommertagung den vorlängigen Verhandlungen „aus Gewissensdrücklichkeit“ fern zu bleiben. Dadurch ist erreicht, daß die sehr unverhüllten Meinungen zwischen Zentrum und bairischer Volkspartei auf ein verhältnismäßig unbedeutliches Maß zurückgedrängt werden können.

Wer oder kann wissen, ob nicht bald von anderer Seite

wiederum dafür gesorgt werden wird, daß unser Volk in neue schwere Konflikte hineinfällt? Um so dringlicher ist die Forderung, daß Regierung und Reichstag, wenn ihre Aktionsfähigkeit erst einmal gesichert ist, auch eindringlich zusammenarbeiten. Eine starke und kluge Führung ist es, die wir brauchen. Auf Herrn Fehrenbach sind deshalb in diesen entscheidenden Tagen mehr als jemals die Blicke des deutschen Volkes gerichtet.

Die neue Ministerliste.

Berlin, 25. Juni. (tr.) Die Kabinettsschäfte dürfen, wenn nicht noch im Laufe des Tages Änderungen eintreten, sich wie folgt zusammensetzen: Reichskanzler Fehrenbach, Justizminister Dr. Heinze, Amtärtiges Simons, Inneres Koch, Finanzen Wirth, Wirtschaftsminister Scholz, Arbeitsminister Braun (tr.), Wehrminister Geßler, Schatzminister von Raumer, Verkehrsminister Groener, Postminister Giesberts. Der Wiederaufbauminister ist vorläufig unbestimmt; er soll von der bairischen Volkspartei gewählt werden. Da sich aus deren Kreisen wahrscheinlich kein Kandidat finden dürfte, soll der Posten an die Deutsche Volkspartei abgegeben werden. Mit dem Reichsjustizministerium ist bekanntlich die Bündnispartei verbündet. Der Adv. von Raumer hat sich schon bereit erklärt, das Reichsjustizministerium zu übernehmen. Mit Oberbürgermeister Scholz-Chariottensburg verhandelt gestern die Deutsche Volkspartei; in parlamentarischen Kreisen der Deutschen Volkspartei besteht die Hoffnung, daß Scholz annehmen wird.

Das Ergebnis von Boulogne.

Kriegsschädigung und Heeresverminderung.

Die Schleier, die das Ergebnis der Entente konferenz in Boulogne verbüllten, beginnen sich langsam zu heben. Aus Paris wird amtlich weiter über die Konferenz gemeldet:

Das deutliche Ergebnis der Konferenz in Boulogne ist die vollkommene Übereinstimmung der Alliierten in der Frage der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann. Die Stärke der Polizeitruppen darf nicht über die im Friedensvertrag vorgesehene Anzahl hinaus-

gehen. Die Konferenz billigte den Vorschlag der französischen und englischen Sachverständigen für die Ausarbeitung der finanziellen Klauseln des Vertrages. Die Alliierten werden

am 5. Juli in Spa die Vertreter der deutschen Delegierten über die Art, in der Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen will, entgegnehmen. Die verschiedenartigen Schwierigkeiten der vorläufig gebliebenen Summe, die die Alliierten festgestellt haben, schwanken zwischen 90 und 120 Milliarden Goldmark. Deutschland wird den Betrag in 37 Jahresraten zu zahlen haben, von denen die ersten fünf nicht unter 8 Milliarden betragen sollen. Die anderen werden sich automatisch je nach der Wiederaufzählerung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands erhöhen. Vollige Übereinstimmung wurde über die Art der Abnahmen erzielt, die getroffen werden sollen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Sie werden wirtschaftlicher und militärischer Natur sein.

Wieder ein Bündel Entente-Noten.

Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note, betreffend Aufrechterhaltung eines Armes von 200 000 Mann, ist dem deutschen Geschäftsträger in Paris übergeben worden. Außer der Antwort der Alliierten auf die deutsche Note, betreffend den Effektivstand der deutschen Reichswehr nach den Beschlüssen der Konferenz von Boulogne, sind der deutschen Friedensdelegation zwei weitere Noten, betreffend die allgemeine Entwicklung und die Ablieferung des Rüstungsmaterials, überreicht worden. Die Konferenz in Boulogne beschloß nämlich, daß die Deutschen die Arbeitskräfte für die Herstellung des Rüstungsmaterials selbst zu stellen haben. Sie beschloß ferner, Deutschland verantwortlich zu machen für die Versorgung der Beppeline, die außerhalb der Kontrolle der Alliierten erfolgt. Den neutralen Ländern soll von den verschiedenen Verbündeten offiziell Mitteilung gemacht werden.

Der Kampf um den Steuerabzug.

Unmöglichkeiten — Widerstand allerseits.

Der zehnprozentige Steuerabzug von Gehalt und Lohn hat eine solche Reihe von Unmöglichkeiten gezeigt, daß deren Überwindung durch die Finanzämter ebenfalls zu den Unmöglichkeiten gehört. Auch schwaltet der Widerstand bei Landwirten, Angestellten und Arbeitern verächtlich an, daß mit erneuten Stellschafften gerechnet werden muß. Das hat die Deutschnationalen Volkspartei veranlaßt, im Reichstag einen Antrag auf Aufhebung einzubringen. Es besteht begründete Furcht, daß dieser Antrag mit einer beträchtlichen Mehrheit angenommen findet.

Ausrechnung der Naturalbezüge.

Als Arbeitslohn gelten außer dem harten Lohn auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist nach den tatsächlichen Mittelpreisen anzugeben. Um diesen Vorbedingungen gerecht zu werden, schreiben die Abstimmungsbestimmungen vor, daß, soweit nicht in sozialistischen Vereinbarungen getroffen sind, die von den jeweils zuständigen Versicherungskämlern aus Grund der Rechtsversicherungsordnung festgesetzten Brüderpreise maßgebend sein sollen. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Versicherungskämler den außerordentlich schwankenden Preisen der Lebenshaltung nicht überrollt und nicht gleichmäßig gefolgt sind, so daß die ausenständischen Bezüge dieser Amerikas große, höchstens nicht gerechtfertigte Unterschiede aufweisen. Die Gleichmäßigkeit der Bewertung erfordert es, daß zunächst noch für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge einheitliche Grundlage aufgestellt werden. Der Reichskanzler hat für daher zu der Anordnung entschieden, daß der Steuerabzug vom Arbeitslohn, der tatsächlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbezüge nicht mit in Abrechnung kommen sollen. Die Abrechnung dieser Bezüge soll vielmehr erst am 1. August, und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab, in Kraft treten. Wo also der Gehalmittel eines Arbeiters gleichzeitig aus Barlohn und Naturalbezügen besteht, wird der Abzug bis zum 1. August lediglich vom Barlohn und erst von diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

Protest der Landwirtschaft.

Der Bund der Landwirte hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er sich gegen den Steuerabzug in der Landwirtschaft wendet und erklärt, der Abzug sei in der Landwirtschaft technisch ohne große Unmöglichkeiten nicht durchführbar. Der Bund der Landwirte richtet deshalb das Gesuch an die Reichsregierung, die Ausführung

Die wilde Hummel.

31) Roman von Erich Friesen.

Nach einiger Zeit lehrt Norbert mit ihrer Exzellenz, der Gräfin Rothilde am Arten, zu den beiden jungen Damen zurück.

Während die Gräfin rasch ihrer Mündel ein paar Verhaltungsmaßregeln zutuscheln, raunt der junge Offizier Liselotte erregt zu:

"Ich bitte Sie, Liselotte! Milchen Sie sich nicht hin! Überlassen Sie die Sache mir!"

"Ganz nach Belieben!" lingt es ironisch zurück.

Und schon schwelt die schöne Liselotte davon, da gerade eine feurige Blazurka beginnt, und ihr Tänzer, ein französischer Wirtschafts-Attache, sie sucht.

Es fehlt Norbert sich auch bemüht, den Abend über nochmals in Vianes Nähe zu kommen — es erscheint fast unmöglich. Die "kleine Wilde" ist detaillt umschwärmt, daß er erst spät in der Nacht in der Garderobe, als der Dienst ihr gerade den kostbaren Abendmantel um die Schultern legen will, wieder ein Wort an sie zu rufen vermochte.

"Zar ich mir nächstens gestalten, Ihnen meine Auswartung zu machen, meine Gnädige?" wendet er sich an Gräfin Rothilde; aber sein Blick sucht dabei die Augen des jungen Mädchens.

Ihre Exzellenz erichtet ihm in liebenswürdigster Weise die Erlaubnis.

Und Viane sonst so sittenlos blütende Augen senken sich besangen vor der stummen Frage in den seinen.

Tat Herzchen der "wilden Hummel von Büffel-Goldfeld" schlägt heute gar so seltsam unruhig.

12.

"Halal."

Beischenkall und Pferdegetrappel.

Wie der Wind soufft der zweitürige Buch mit seinen beiden Instanzen den Wannsee entlang.

Die Wangen des jungen Mädchens sind heiß gerötet vor Zugenblüten. In den ernsten Augen des Mannes glimmt ein Funke von Bewunderung, wenn sie auf die schlanke Gestalt blicken, die, verzengerade aufgerichtet, mit männlicher Kraft die seurigen Pferde in Auu... hält.

dieser Besprechungen bis zu ihrer Abänderung zunächst aufzuschieben.

Drohender Proteststreik im Ruhrrevier.

Im Ruhrrevier hat der Steuerabzug ebenfalls große Bewirrung verursacht. Wie gemeldet wird, ist auf den großen Werken ein von Tag zu Tag wachsender Widerstand gegen die heiderlichen Maßnahmen festzustellen. Wie es heißt, bewegt sich die Agitation in der Richtung, daß wenn das Abzugsverfahren tatsächlich durchgeführt werden sollte, ein vierzehnmonatiger Generalstreik einzusetzen ist, um die Befreiung der neuen Methode zu erwingen. Die Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkt, daß es bei der bisherigen Steuerabzugsmethode bleiben müsse.

Die offene Reage im Rheinland.

Der Reichskommissar für die betroffenen rheinischen Gebiete teilt mit: Daß die Rheinlandkommunenvergabe ist der interalliierten Rheinlandkommission zur Prüfung eingereicht und von ihr innerhalb der Brüderzeit nicht beanstandet worden. Die Verordnung über den 10%igen Lohnabzug vom 25. Juni ist in der Rheinlandkommission gleichfalls vorgelegt und am 17. Juni von ihr registriert worden. Eine Bearbeitung ist bis jetzt nicht erfolgt. Die Prüfung ist laut bis zum 27. Eine Bescheinigung der Entscheidung ist bei der Kommission beantragt worden. — Wie weiter dazu aus Köln gemeldet wird, gilt das Verbot des Steuerabzugs innerhalb des betroffenen Gebietes nur vorläufig.

Zur Abstimmung in der Ostmark.

Geregelte Durchfahrt durch den Korridor.

Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau ist vom polnischen Ministerium des Kultens auf Gründen von Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission in Allenstein eine Erklärung übergeben worden, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll und der Bereitschaft zum Transport der Abstimmungsberechtigten durch den Korridor Ausdruck gibt. Es sollen täglich 7 Sonderzüge von je höchstens 55 Wagen binnen 14 Tagen dem Transport zur Verfügung stehen. Die polnische Kontrolle soll Mitgliedern der Interalliierten Kommission unterliegen.

Jeder Abstimmungsberechtigte, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünskt, muß auf durch folgende Papiere ausweisen:

- a) durch einen Abstimmungsbeweis, ausgestellt von einer dafür zuständigen Kommission;
- b) durch einen Personalausweis mit Photographie.

Die Abstimmungsbeweise werden bei der Kontrolle geprüft. Waffen dürfen nicht mitgebracht werden.

Die Züge bleiben während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet geschlossen; den Reisenden ist verboten, während des Aufenthaltes die Züge zu verlassen. Die polnische Regierung schafft denjenigen Abstimmungsberechtigten der preußischen Abstimmungsbereiche die Durchfahrt durch ihr Gebiet nicht, die schon vorher in Schleswig von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben. Für den Rücktransport sollen die gleichen Bedingungen gelten. Der Fahrplan der Abstimmungsbürgen wird in einer demnächst stattfindenden Eisenbahnkonferenz in Warschau geregelt werden.

Nette die Abstimmungsgebiete.

indem Du Deinen
Grenzpendenbeitrag
sofort einzahilst

für die Grenzspende der Kreishauptmannschaft Dresden auf Postkarte,
Konto Leipzig 113031 oder durch Deine
Bank, Sparfasse oder Zeitung.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung

CB. Berlin, 24. Juni.

Der neue Reichstag hat heute seine erste Sitzung abgehalten, die lediglich der Feststellung seiner Geschäftsfähigkeit galt. Auf das Außergewöhnliche der Sitzung wiesen die zahlreichen Neugierigen und meistere Photographen hin, die sich am Dienstagvormittag, den die Abgeordneten bewegen, aufgestellt hatten. Zum Innern des Gebäudes hielten eine starke Abteilung der grünen Polizei Wache. Der Saal, dessen Söhne verneigt werden sind, und noch um eine Einzelvernehmungsmethode blieben müsse.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Revision im Erzberger-Prozeß. Das führende Berliner Zeitungsblatt, die "Germania", fördert: "Wie wir hören, ist dem Reichskanzlerminister o. D. Erzberger in diesen Tagen das Urteil in seinem Prozeß gegen den Staatssekretär a. D. Helfrich zugegangen. Herr Erzberger hat gegen die Revision eingeklagt. Das Urteil ist also noch nicht rechtskräftig geworden. Das Kanzlergericht kann entweder die Revision verwirren oder das Urteil aufheben und die Angelegenheit zur außergerichtlichen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz oder ein anderes Gericht zurückverweisen. Wie wir weiter hören, wird Herr Erzberger während der Sommertagung den Verhandlungen des Reichstages aus Gesundheitsgründen fernbleiben."

+ Ultimatum der Kreisler Arbeitsgruppe an die Belgier. Die Betriebsvertreteraussteile des Kreisler Industriegebietes verlangen von der belgischen Besatzung: 1. die sofortige Rückfahrt der Truppen, die in der westlichen Bevölkerung als Beschleibende des Schieberums aufgeacht werden, aus der inneren Stadt, 2. Sühne für die Freiheit und Sicherung der unschuldigen Passanten, darunter eines zehnjährigen Kindes, durch belgische Soldaten, 3. Garantie für hinreichende Lebensmittel, deren Preise im Einvernehmen mit den Konsumen festzusetzen sind, währendfalls die Kreisler Arbeitsgruppe in den Generalkreis treten wird, für die Sympathieerklärungen des gesamten unter Niederrhein vorliegen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählt zu Vorsitzenden Hermann Müller, Schelbemann und Welz.

London. "Times" meldet aus Jericho, daß ein jüdisches Bataillon nach Jericho und dem Toten Meer abgedändert worden sei, um die indischen Truppen, die wegen ausgedehnter Unruhen dort vorwärts ziehen, zu verstärken.

Paris. Nach einer Pressemeldung ist dem Großherzog eine Note der französischen Botschaft angehängt worden, in der ihm erklärt wird, daß die der Türkei zugestandene Freiheit zur Errichtung ihrer Bemerkungen auf den Brievenvertrag am 26. Juli ablaufe und daß keine Brievenübertragung zugestanden werde.

Aber ihrem Begleiter wird die Sache doch unheimlich, je mehr die Kleider durchdrift werden.

Und kein Schuhdach in abschreiver Nähe!

Wasch entschlossen zieht er seinen Mantelmantel aus und will ihn dem Mädchen überhängen.

Wasch wehrt sie ab.

"Ich entlaß mich nie!"

Er besteht auf seinen Willen. Und schließlich tut sie es, doch er sie sorgsam in den Mantel einschlägt, wobei seine Hand ihr Haargelk berührt und einmal sogar ihren rosigen Nacken streift.

Warm durchzuckt es den Mann. In einer plötzlichen Auswülfung dringt er sich nieder und lehnt den dunklen Mädchentopf für einen Augenblick an seine Schulter.

"Diane!" flüstert er bewegt. "Liebes, kleines Mädchen!"

Richi schreit sie in falscher Schwam zurück. Nur die Augen schließen sie in zeliger Erwartung, was nun kommen werde.

"Hab' ich Sie erschreckt?" fragt er sanft.

„Sie schüttelt den Kopf.

"Sind Sie mir böse?"

"Nein."

Ihre kindliche Offenheit und Wahrhaftigkeit treibt ihm das Blut der Schämung in die Orlie — für einen solchen Charakter wie Richi ein fast unerträgliches Gefühl. Er hat nicht geglaubt, daß es ihm so schwer würden werde, das auszusprechen, was doch gefragt werden muß. Doppelt schwer, da er jetzt weiß, daß sie ihm völlig vertraut, während er —

"Wir kennen einander erst kurze Zeit —" beginnt er zögernd.

"Naum vierzehn Tage!" ist sie lebhaft.

"Und haben in dieser Zeit einander nicht gar oft gesehen?"

"Biermal!" erwidert sie prompt, an den Jungen abzählend.

"Sie wissen auch fast nichts von mir und meinen Geschichten, Gräulein Arealla. Deshalb ist es vielleicht voreilig von mir, bereits jetzt die Frage an Sie zu stellen, die meine Handlungswise von vorhin etwas rechtfertigt?"

(Fortsetzung folgt.)

